

„Wir alle reproduzieren rassistische Strukturen, ohne es zu wollen“

Die Stadtverordnete Mirrianne Mahn über ihre Blackfacing-Kritik gegen die Oper und die Macht verletzter Gefühle auf allen Seiten

Der Vorgang ist einige Wochen her und gerade wegen des scheidenden Echos noch immer beachtlich. Zwei Frankfurter Stadtverordnete werfen der Oper Frankfurt eine rassistische Maske vor – und außer einigem Geplänkel passiert nichts. Im zeitlichen Abstand stellt sich die Frage, ob die Kritik von Mirrianne Mahn (Grüne) und Britta Wollkopf (Volt) übertrieben war oder die Reaktionen untertrieben? Redakteur Mark Obert erörterte auch das mit der Kulturpolitikerin Mirrianne Mahn.

Frau Mahn, Sie haben der Frankfurter Oper die rassistische Praxis des Blackfacing vorgeworfen. Wo bei solchen Themen oft von mangelnder Sensibilität die Rede ist: Können Sie sich vorstellen, dass Sie Ihrerseits Intendant Bernd Loebe und die Maskenbildnerin gekränkt haben?

Das kann ich mir vorstellen. Der Punkt ist aber, dass ich mich mit Herrn Loebe unterhalten habe, bevor ich diesen Vorwurf laut gemacht habe. Als Referentin für Diversitätsentwicklung im Kulturbereich habe ich viele Theater beraten und weiß, wie wir die festgefahrenen, diskriminierenden Muster auf den Bühnen lösen können. Blackfacing ist solch ein Muster. Entsprechend wollte ich Herrn Loebe und die Maskenbildnerin sensibilisieren.

Es geht um die Inszenierung der Ligeti-Oper „Le Grand Macabre“. Herr Loebe wies Ihre Kritik öffentlich zurück, weil der im Gesicht schwarz geschminkte Darsteller die ägyptische Gottheit Anubis darstellt – in Gestalt eines Schakals.

Hier zeigt sich ein Problem. Wir müssen Blackfacing erst mal definieren. Es geht nicht darum, dass eine weiße Person schwarz angemalt wird. Es geht darum, dass eine weiße Person als schwarze Person angemalt wird.

So geschah das früher in den Minstrel Shows, in denen auf diese Weise schwarze Menschen lächerlich gemacht worden sind.

Als minderwertig dargestellt worden sind, genau.

Das ist aber nicht die Absicht der Oper gewesen.

Das unterstelle ich auch gar nicht, ich würde Herrn Loebe und die Maskenbildnerin auch nie als Rassisten bezeichnen. Aber sie haben ohne Not geblackfaced. Die Figur trägt zwar den Kopfschmuck des Anubis, aber ein Tier- oder Schakalkopf ist nicht zu erkennen. Es ist ein menschliches Gesicht. Besonders im Zusammenhang mit einer Gottheit, die auch eine Art Dämon ist, wird ein rassistisches Muster reproduziert.

Beim Musical „Cats“ gibt es auch schwarz angemalte Gesichter ...

Die aber deutlich als Katzenge-sichter geschminkt sind: mit Bart-haaren, mit Fellflecken, mit entsprechenden Augen. Die sind klar entmenschlicht.

Was hätte also im Gesicht



mjo/FOTO: GRÜNE FRANKFURT

des Anubis passieren sollen?

Anders als die Cats-Darsteller hat der Anubis in der Oper keine Gangsrolle. Er hätte also eine Schakalmaske tragen können. Dieser angebliche Schakal hat ja nicht einmal Schakalohren. Das wären Korrekturen, die problemlos umzusetzen sind. Aber so sehen wir eben doch einen schwarzen Clown, der sehr wohl an die Minstrel Shows denken lässt. Ich hätte gedacht, dass wir in der Debatte doch weit genug sind, um zu verstehen, dass es bei Rassismus und Diskriminierung nicht um die Intention geht, sondern um die Auswirkung.

Etwas als rassistisch zu empfinden, ist noch keine messbare Auswirkung, sondern zunächst mal eine schwer greifbare Kategorie.

Kulturschaffende in aller Welt sind sich darüber einig, dass Blackfacing eine definierbare rassistische Praxis ist, dass es darüber hinaus diskriminierende Strukturen in vielen Kulturinstitutionen gibt. Es geht doch vor allem darum, Orte wie Opern zugänglich zu machen für alle. Und das wiederum bedeutet, dass sich alle in einer Oper, in einem Theater wohlfühlen sollen. Diversität und Diskriminierung gehören ja zusammen. Denn überall dort, wo Diversität auch in einer Stadt wo Frankfurt nicht wirklich sichtbar ist, herrscht Diskriminierung. Auch von dieser Auswirkung spreche ich.

Kulturdezernentin Ina Hartwig von der SPD sieht diese Auswirkungen offenbar auch nicht. Auch sie er-

achtet Ihre Kritik an der Oper als unberechtigt.

Ich möchte betonen, dass ich mit meiner Kritik nicht allein bin. Ich bin ja überhaupt erst von anderen Personen, die in der Inszenierung waren, darauf aufmerksam gemacht worden.

Sie waren nicht in der Inszenierung, haben sich kein eigenes Bild davon gemacht?

Ich bin unter anderem von einem Theaterwissenschaftler der Goethe-Universität und von Leuten der Anne-Frank-Bildungsstätte darauf hingewiesen worden und habe mir Fotos angeschaut. Es geht also nicht allein um meine Befindlichkeiten als schwarze Person, auch wenn das gerne so abgetan würde, damit es nicht auf der Sachebene verhandelt werden muss. Es überrascht mich auch nicht, dass die Kritik meiner Stadtverordnetenkollegin Britta Wollkopf von Volt nicht diese Reaktionen hervorgerufen hat, die ich jetzt bekommen habe.

Welche sind das?

Rassistische Beschimpfungen, Morddrohungen, Vergewaltigungsandrohungen.

Sie haben in Ihrer Pressemitteilung betont, dass Sie wegen der Oper Gefühle haben, von denen Sie gehofft hätten, sie nie mehr erleben zu müssen.

Das war eine Reaktion darauf, dass Herr Loebe mich im Gespräch abgewiesen hat. Ich muss doch als Vorsitzende des Kulturausschusses dieser Stadt und als Aufsichtsratsmitglied dieser Oper

aktiv werden, wenn ich von Bürgern auf solch ein Problem hingewiesen werde. Wir reden von einer mehrfach ausgezeichneten Oper. Die ist meinungsbildend, die erreicht die Mitte der Gesellschaft emotional. Wo, wenn nicht dort, sollten wir auf Missstände wie Alltagsrassismus aufmerksam machen.

Man sieht, wer hier nach wie vor die Diskurshoheit hat. Denn marginalisierte Menschen bewegen sich in Deutschland immer noch in Habachtstellung. Wir sind im Alltag umgeben von allen möglichen Fettnäpfchen.

Bei einer kleinen Bühne würden Sie anders reagieren?

Sicherlich würde ich auch dort für kulturelle Sensibilität werben, aber ich würde keine Pressemitteilung dazu schreiben.

Die Fliegende Volksbühne von Michael Quast musste heftige Kritik einstecken, weil sie den 1848er-Revolutionärsdichter Herwegh deklamierte, der damals das Wort Mohr benutzte.

Ja, und jetzt wird das im Programmheft historisch eingeordnet. Das ist doch gut. So sollten wir es mit allen Klassikern ma-

chen. Ich bin ein riesiger Shakespeare-Fan, aber mit dem Antisemitismus im „Kaufmann von Venedig“ oder mit „Othello“ müssen wir heute umgehen, ohne damit das Genie von Shakespeare zu hinterfragen. Ich habe über Shakespeare und die Frage, wie wir ihn diskriminierungssensibel inszenieren können, einige wissenschaftliche Texte geschrieben. Das Shakespeare Globe Theatre in London ist ein gutes Beispiel dafür, wie solche Inszenierungen gelingen können.

Wie?

Das fängt beim Casting an. Dass wir zum Beispiel schwarze Schauspielerinnen eben nicht mehr wie selbstverständlich als Prostituierte, als Putzfrau oder sonst wie Unterprivilegierte besetzen.

Ist das noch gängige Praxis?

Absolut, und mit diesen Seghe-wohnheiten müssen wir brechen.

Frau Mahn, können Sie verstehen, dass manche Leute unsicher und genervt sind, weil überall Fettnäpfe lauern und soziale Ächtung droht, wenn sie gegen Sprachregelungen verstoßen, wenn ihnen kulturelle Aneignung vorgeworfen wird und dergleichen mehr?

Das kann ich gut verstehen. Gleichberechtigung fühlt sich für die dominierende Gruppe immer erst einmal wie Unterdrückung an. Da haben wir es übrigens auch mit einem Gefühl zu tun, mit Sensibilität. Es ist interessant, dass die Dominanzgesellschaft einfordert, auf ihre Gefühle Rück-

Zur Person

Bundesweit für Aufsehen sorgte die Frankfurter Stadtverordnete Mirrianne Mahn (Grüne) im Oktober 2021 durch ihre Intervention bei der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels an Tsitsi Dangarembga in der Frankfurter Paulskirche. Mahn unterbrach die Rede vom damaligen Oberbürgermeister Peter Feldmann, um darauf aufmerksam zu machen, dass schwarze Autorinnen ihre Besuche auf der Buchmesse absagten, weil sie sich dort durch die Präsenz rechter Verlage bedroht fühlten. Die zweifache Mutter, geboren 1989 in Kamerun, aufgewachsen im Hunsrück, ist seit 2021 Stadtverordnete und Vorsitzende des Kulturausschusses. Den Grünen beigetreten ist sie 2020 als Reaktion auf die Attentate von Hanau, um organisiert politisch gegen Rassismus anzukämpfen. Mirrianne Mahn hat in Frankfurt Anglistik und Amerikanistik studiert. Die erfahrene Theatermacherin ist Ensemblemitglied der „Theaterperipherie“ in Frankfurt, das Spannungsfeld zwischen Diversität und Diskriminierung ist auch in ihrer künstlerischen Arbeit Schwerpunkt. Wo immer Menschen verschiedener Kulturen zusammenarbeiten, steige das Niveau, sagt Mirrianne Mahn – und weist hin auf internationale Unternehmen, Theater und Orchester und nicht zuletzt auf ihren Lieblingsfußballverein: die Eintracht.

Wo ist Ihnen das schon mal passiert?

Ich habe früher Leute, die sich seltsam verhalten haben, gerne mal als Autisten bezeichnet. Bis mir bewusst gemacht wurde, dass das eine klinische Diagnose ist und Menschen mit dieser Diagnose herabwürdigt.

Anderer Aspekt: Was ist daran diskriminierend, wenn eine weiße Person Dreadlocks trägt, ein Indianerkostüm zu Fastnacht oder Hip-Hop-Musik macht. Mittlerweile wird das als „kulturelle Aneignung“ scharf kritisiert.

Wenn wir in einer perfekten Welt leben würden, würde sich niemand über Blackfacing, Dreadlocks aufregen oder darüber, dass ein deutscher Musiker wie Peter Fox Afrobeats verwendet. Wir leben aber nicht in einer perfekten Welt.

Heißt?

Wenn man schwarze Kultur liebt und sich einfach in dieser Kultur bedient, ohne sich zu fragen, was diese Kultur eigentlich bedeutet, wird es problematisch. Wenn weiße Menschen sich als reine Mode oder für kommerzielle Zwecke bestimmte Merkmale oder Kulturleistungen einer Minderheit aneignen, deretwegen diese Minderheit diskriminiert wird, gibt es zu Recht einen Aufschrei. Auf den Punkt gebracht: Weiße Menschen schmücken sich mit Dreadlocks, ohne deswegen die Erfahrungen schwarzer Menschen mit Dreadlocks zu machen. Schwarze Menschen setzen mit Dreadlocks ein politisches Zeichen und werden deswegen oft stigmatisiert, werden zum Beispiel oft von der Polizei kontrolliert. Auch mir ist bei Vorstellungsgesprächen schon gesagt worden: Wenn Sie die Stelle bekommen, dann machen Sie sich bitte eine ordentliche Frisur.

Würden Sie als Kulturpolitikerin einer weißen Sängerin mit Dreadlocks den Auftritt in Frankfurt verbieten, so wie es andernorts geschehen ist?

Nein. Ich will gar nichts verbieten. Das würde die Leute nur noch mehr gegen schwarze Menschen aufbringen. Auch wenn ich kritisiere, verbinde ich damit keinen Anspruch, dass andere etwas zu unterlassen haben. Die Reaktion auf die Kritik ist mir aber wichtig, die Auseinandersetzung mit der Kritik. Der Musiker Peter Fox hat dafür ein gutes Beispiel abgegeben.

Was hat er gemacht?

Als er Afrobeats eingebaut hat in seine Musik, war er damit kommerziell sehr erfolgreich und ist von den Musikkritikern gefeiert worden, als hätte er diese Beats erfunden. Es ist einfach ungerrecht, wenn die wahren Urheber einer Kunst, einer Kultur weder finanziell noch ideell profitieren, wenn sich jemand ungefragt bei ihnen bedient. Peter Fox hat das eingesehen und die Urheber dieser Afrobeats nachträglich gewürdigt. Diesen Respekt habe ich bei Herrn Loebe vermisst.

Bildungsdezernentin fordert mehr Geld

Mehreinnahmen sollten umgeschichtet werden – Grüne werfen Weber (SPD) Missmanagement vor

Frankfurt – Jüngst hat Kämmerer Bastian Bergerhoff (Grüne) verkündet, dass die Gewerbesteuer-einnahmen 2023 deutlich über den geplanten 2,5 Milliarden Euro lägen: Er rechnet mit 2,8 Milliarden Euro. Angesichts von 300 Millionen Euro Mehreinnahmen zum Jahresende fordert Bildungsdezernentin Sylvia Weber (SPD) nun ein Umschichten von Geldern zugunsten der Bildung. „Kittas und Schulen haben sich in der Zeit der Pandemie solidarisch verhalten und mussten auch danach mit knappen Budgets auskommen“, sagte sie. „Wir haben unseren Beitrag zur Konsolidierung geleistet. Wenn es jetzt wieder aufwärts geht, muss die Bildung wieder finanziell aufgebaut werden.“

Im Koalitionsvertrag sei vereinbart, dass die Bildung in der Finanzierung Priorität habe. Diese

Zusage gelte es nun einzulösen, so Weber. Die Stadt stehe vor Herausforderungen. Schul- und Kitaplätze müssten ausgebaut, Gebäude saniert, Personal gewonnen und dem bevorstehenden Rechtsanspruch auf eine Betreuung im Grundschulalter begegnet werden. „Das alles gibt es nicht zum Nulltarif.“ Die Mehreinnahmen sollten zugunsten der Bildung eingesetzt und dazu genutzt werden, die Träger der Kinderbetreuung zukunftsfest aufzustellen. „Es kann nicht sein, dass der Haushalt auf Kosten der Bildung saniert wird.“

Die Grünen indes ärgern sich über die Forderung der Bildungsdezernentin. „Niemand spart an der Bildung“, konterte Grünen-Parteichefin Julia Frank entrüstet. Auch ungeplante Vorhaben wie etwa die Anmietung der Neuen Börse für zwei neue Gymnasien



Sylvia Weber
FOTO: PETER JÜLICH

würden finanziert. Im Haushalt 2024 würde die Bildung mit noch einmal 50 Millionen Euro mehr bedacht. „Wir geben ständig alles für die Bildung“, sagte Frank.

Frank wirft Weber aber „grobes Missmanagement ihres Budgets“ vor. Seit Jahren sei Weber nicht in der Lage, die Schulen zu sanieren. „Sie hat ihr Budget nicht im Griff“, sagte Frank. Das zeige sich

etwa auch an der teuren Anmietung der Neuen Börse für 13 Millionen Euro jährlich. Und der Mietvertrag für das ehemalige Behördenzentrum in der Seehofstraße etwa sei für drei Millionen Euro im Jahr verlängert worden, das Gebäude sollte schon längst umgebaut worden sein für den Einzug des Gymnasiums Süd, „aber da passiert nichts“, sagte Frank. Weber blockiere Gelder im Haushalt mit Vorhaben, die sie nicht umsetze. „Das Geld könnte an anderen Stellen eingesetzt werden.“ Weber selbst sage immer wieder, dass die Umsetzung nicht an mangelndem Geld scheitere, sondern etwa am fehlenden Personal. „Aus dem Stegreif hat sie dann aber Personal, um das Haus in der Jordanstraße fit zu machen“, sagte Frank. „Für die maroden Schulen ist aber kein Personal da.“

sabu

Selbstgemacht oder nicht

„Heiligenbildchen-Olaf“ hofft auf Einlenken der Stadt

Frankfurt – Er ist eine von Frankfurts kleinen Legenden: Der „Heiligenbildchen-Olaf“, der seine Kreuze, Kerzen und anderes in der Neuen Kräme verkauft, neben dem Kloster. Nicht unbedingt zum Gefallen der Klosterbewohner, genießen er und „Eisenbahn-Rainer“ doch offenbar Vorrechte, die anderen Obdachlosen nicht erteilt werden.

Heiligenbildchen-Olaf drohte vormals der Verweis. Schließlich verkauft er Artikel, und das ist eine Sondernutzung der Straße. 2021 jedoch erhielt er vom Amt für Straßenbau und Erschließung (ASE) eine Sondererlaubnis. Er darf seine Sachen weiterhin verkaufen, vorausgesetzt, er habe sie selbst angefertigt. Dies geht aus einer Antwort des Magistrats auf eine Frage des Stadtverordneten Mathias Pfeiffer (BFF) hervor.

Demnach wird die Herstellung

und der Verkauf selbst angefertigter Devotionalien und religiöser Volkskunst zum Gemeingebrauch der öffentlichen Straße gezählt. Olaf Wand dürfte somit weiterhin seine selbst gestalteten und angefertigten Kunstartikel anbieten.

Anlass für Pfeiffers Anfrage war, dass das Amt wohl derzeit prüft, welche der Gegenstände tatsächlich von Wand selbst angefertigt, welche lediglich weiterverkauft werden. Bei Kontrollen vor Ort sei in diesem Jahr mehrfach aufgefallen, dass Wand weitere Artikel zum Verkauf anbietet, so der Magistrat. „Dabei war allerdings nicht zweifelsfrei erkennbar, inwieweit er diese selbst gestaltet hat. Verkaufsstände auf öffentlichen Plätzen und Straßen sind in Frankfurt grundsätzlich nicht genehmigungsfähig.“

Das ASE hatte Olaf Wand um Auskunft gebeten, welche Art der

Eigengestaltung beziehungsweise Eigenanfertigung er vorgenommen hat. „Ich habe ihnen gesagt, dass lediglich die Kerzen und Heiligenbildchen von mir selbst hergestellt sind“, sagte Wand dieser Zeitung. Er habe die Erlaubnis vor zwei Jahren so verstanden, dass die Formulierung „selbst angefertigte Devotionalien und religiöse Volkskunst“ so zu verstehen sei, dass lediglich die Devotionalien selbst angefertigt sein müssten. An seinem Sortiment hat sich in den vergangenen zwei Jahren ja auch nichts geändert. Trotzdem sieht Wand Chancen: „Im neuen Jahr werde ich nur noch die Devotionalien auf dem Boden ausbreiten, während ich die Rosenkränze, Kreuze etc, die ich nicht selbst herstelle, mit einem Bauchladen verkaufe.“ Für diesen Bauchladen habe er auch einen unbefristeten Gewerbeschein.

tjs